

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

XXIV/128

Bonn, den 10. Juli 1969

Sie veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 - 1a Triumph der Demagogie 60

Das leichtfertige Gerede von der "weichen Welle"

2 Sexual-Atlas kritisiert - Käte Strobel gemeint 57

Scheinheilig: "Wir wollen keinen Scheiterhaufen aufbauen..."

3 Ein Bundesland öffnet seine Wälder 41

Einmalig in der Bundesrepublik

4 Spanien zwischen EWG und EFTA 39

Hoffnungen auf Beitrittsgenehmigung noch nicht begraben

FRAU UND GESELLSCHAFT bringt heute:

Meeting für den Frieden

Ursula Behrendt berichtet über die NGO-Tagung bei der UNESCO in Paris

Annemarie Renger: Ein Rahmenplan für Kindergärten

Unter 100 Arbeitnehmerinnen haben nur sechs eine abgeschlossene Berufsausbildung

B e r i c h t i g u n g

### Triumph der Demagogie

#### Das leichtfertige Gerede von der "weichen Welle"

sp - Die geistigen Nachfolger der NS-Partei und nicht nur diese! - versuchen jetzt vor der Bundestagswahl nachzuweisen, in unseren Ländern gäbe es "praktisch keine Sicherheit mehr". In einer Postwurfsendung der NPD und in Wahlversammlungen wird behauptet, "so etwas hat es unter Hitler - man kann sonst gegen ihn sagen, was man will - einfach nicht gegeben." Man verweist auf die steigende Anzahl von Strafdelikten, wettet gegen die "weiche Welle" und tut auch noch sonst einiges, um dem Bürger der Bundesrepublik einzureden, er warte nur noch in einer Flut von Verbrechen, die nicht geführt werden. Folgerichtig wird an alle diese Gruselgeschichten der Ruf nach dem "starken Mann" angehängt. Das Publikum klatscht, der Spießbürger kratzt sich am Bauch und findet freudestrahlend, daß es in Deutschland doch noch "Männer von Schrot und Korn" gibt.

CSU-MdB Dr. Richard Jaeger haut in die gleiche Kerbe, wettet gegen die Abschaffung des Zuchthauses, die Verlotterung der Sitten und gegen andere schreckliche Dinge. Daß der Kopf ab!-Ruf gegen Ende des Wahlkampfes auch noch fröhliche Urständ' feiert, dürfte voraussehen sein.

Dabei haben weder Zuchthaus noch Todesstrafe jemals Verbrecher davon abgeschreckt, ein Verbrechen zu begehen. Außerdem: Das demagogische Wehklagen über die "weiche Welle der Neuzeit" hält gegenüber Tatsachen nicht stand. Während im Jahre 1929 im ganzen Reichsgebiet nur 69 Verurteilungen wegen Mordes erfolgten, sprang die Zahl der verurteilten Mörder t r o t z Todesstrafe 1933, im Jahr der Machtübernahme durch Hitler, auf 163 hoch. 1934 stieg die Zahl der Verurteilungen wegen Mordes auf 319 an.

- \* Dabei waren in diesen Zahlen, die amtlich geführt wurden und auch
- \* heute zugänglich sind, jene politischen Morde selbstverständlich
- \* n i c h t enthalten, die etwa im Zusammenhang mit dem sogenannten
- \* ten "Röhm-Putsch" an Teilen der SA ausgeführt wurden.

Aber selbst Jahre später verzeichnete man im Reichskriminalamt noch weit mehr Morde als etwa Ende der vielgeschmähten Weimarer Jahre: 1939 war die Zahl der Mord-Verurteilungen mit 174 noch weit höher als etwa im wirtschaftlichen Krisenjahr 1929, das übrigens auch das Jahr ohne Hinrichtungen war, nachdem Justizminister Koch-Weser (DDP) am 10. Juli 1928 die Regierungen der Länder ersucht hatte, bis zur endgültigen Abschaffung der Todesstrafe keine Hinrichtungen mehr vorzunehmen, sondern lebenslange Zuchthausstrafen zu verhängen.

Daß es nicht wenige Bürger gibt, die der NPD und anderen Glauben schenken, wenn dies behaupten, "soviel Mord und Totschlag hat es früher nicht gegeben", ist gewiß darauf zurückzuführen, daß der Bürger in der NS-Zeit keine oder nur frisierte amtliche Statistiken bekam, daß aber vor allem die geknebelte Presse über Morde nur lokal oder in wohl dosierten Kurzmeldungen berichten durfte. Wie dies übrigens auch heute noch in Diktaturen - roten und braun angehauchten - üblich ist, sie ihre politischen Schandtaten durch einen verlogenen Schleier der "Ordnung" zu verhängen suchen.

Wie gesagt: Die im politischen Auftrag der geistigen Vorläufer der NPD begangenen Verbrechen sind in den Statistiken nicht enthalten, weil sie ja von den damaligen Machthabern selbst aufgestellt wurden. Aber politische Morde sind für die NPD ja ohnehin mehr läßliche Sünden, die vergessen und verjähren sollten.

Die Tatsache, daß in den letzten Jahren vor allem die Zahl der Eigentumsdelikte wie Betrug und Diebstahl zugenommen hat, ist leicht erklärlich. In j e d e m Industriestaat mit hoher Konjunktur steigt die Anzahl der sogenannten Wirtschaftsverbrechen, zu denen vielfach auch Betrugsverbrechen gerechnet werden.

Im übrigen: Jene, die dem Bürger draußen im Lande einreden wollen, daß die Reform unseres Strafrechts eine "typisch sozialdemokratische Angelegenheit" sei, spekulieren bewußt auf die Vergeßlichkeit der Menschen. Sie verschweigen, daß es außer einem sozialdemokratischen Justizminister auch noch einen christdemokratischen Bundeskanzler gibt, dessen Parteifreunde im Kabinett, gemeinsam mit den Sozialdemokraten, die Strafrechtsreform gebilligt haben.

Sexual-Atlas kritisiert - Käte Strobel gemeint

Scheinheilig: "Wir wollen keinen Scheiterhaufen aufbauen..."

era - Die Überbetonung des Sexuellen in unseren Tagen ist zu nicht geringem Teil die schädliche Folge einer irrationalen Prüderie, die wiederum ihre Ursache in unredlicher Erziehung durch Schule und Elternhaus sowie im religiös ausgedeuteten Begriff "Sünde" hat. Es war an der Zeit, dem unüberhörbaren Ruf nach sachlicher Aufklärung Folge zu leisten, die Jugend nicht dem Zynismus verderblicher Zufälle von Stra-ße und Milieu zu überlassen. Mit ihrem Sexual-Atlas hat Bundesgesundheitsminister Käte Strobel den ersten mutigen Schritt in das bisweilen muffige Dunkel der überholten Vergangenheit getan. Es konnte nicht ausbleiben, daß Kritik mit Lob oder Tadel sich dieser Tat annahm. Soweit das sachlich geschieht, soweit analysierende Vernunft hierbei waltet, kann solche Kritik nur förderlich sein.

Es gibt aber in gewissen Kreisen durchaus entgegengesetzte Motive, die nur im Zusammenhang mit der bevorstehenden Bundestagswahl gesehen werden können, weil sie sich nicht gegen den Sexualatlas allein, sondern vornehmlich gegen den der SPD angehörenden Bundesminister richten. So schreibt das keineswegs bedeutungslose Westfalenblatt in seinem Kommentar, "Der sexualtechnische Atlas ist der schlimmste literarische Mißgriff eines Bundesministers seit Bestehen der Bundesrepublik...man verschone uns künftig vor solchen Ministern...Frau Strobel hat fürwahr eine merkwürdige Auffassung vom Rang der Moral in unserer Gesellschaft...Wir wollen keinen Scheiterhaufen aufbauen, aber mit dazu beitragen, daß dieser Sexualkunde-Atlas wenigstens an unseren Schulen nicht in die Hände Jugendlicher kommt."

Auch das Familienministerium, die Kirchen beider Konfessionen und die Bundesstelle für jugendgefährdende Schriften (!) werden angegriffen, weil sie nicht Protest erhoben haben, und so ganz nebenbei wird eine Untersuchung durch das Parlament verlangt, weil hier eine Verschleuderung von Steuergeldern vorliegt, zumal das Buch sicherlich ein geschäftlicher Erfolg sein werde.

Nach jahrhundertelanger Verteufelung natürlicher Vorgänge ist in unserem Jahrhundert der Vorhang aufgegangen. Nicht alles, was zum Vorschein kam, kann Zustimmung finden. Die Überbewertung des Sex muß zurückgerückt werden, und der Sexual-Atlas ist ein therapeutisches Mittel. Wenn der Kommentar verlangt, die Aufklärung über sexuelle Dinge gehöre ins Elternhaus, heißt das: Zurück zu Methusalem! Sachliche Kritik wird hier durch Emotionen ersetzt, einzig mit dem Zweck, die Sozialdemokratin Strobel als "Jugendverderberin" hinzustellen. So kann man natürlich auch Wahlpropaganda treiben - doch da sachliche Argumente fehlen, kann sie nicht überzeugen. Es ist ein untauglicher Versuch, unzeitgemäße Tabus zu retten, indem wie in guten alten Zeiten an jene Prüderie appelliert wird, die heute noch so vielen Kindern und Jugendlichen Gesundheit und sogar das Leben gekostet hat. Davon spricht der Kommentar allerdings nicht. Sonst würden viele Eltern vielleicht doch recht nachdenklich werden.

## Ein Bundesland öffnet seine Wälder

### Einmalig in der Bundesrepublik

kr - Einmütig verabschiedete der nordrhein-westfälische Landtag das fortschrittlichste Forstgesetz der Bundesrepublik. Durch die "Öffnung des Waldes" für jeden Bürger dokumentiert der Gesetzgeber die Sozialgebundenheit des Eigentums, wie sie das Grundgesetz fordert. Nordrhein-Westfalen legt damit einen verworrenen Rechtszustand vom Tisch, dessen Grundlagen fast 150 Jahre alt sind.

Ein Viertel des Landes zwischen Rhein und Weser sind mit Wald bedeckt, aber nur über 12 Prozent des Waldbestandes kann der Staat bestimmen. 28 Prozent sind Kommunal- und Körperschaftswald. 60 v. H. sind Privatwald, der sich überwiegend in kleinem und mittlerem Bauernwald zersplittert. Aufgeteilt in kleine und kleinste Waldparzellen, die oft noch dazu dicht nebeneinander liegen, präsentiert sich der Wald in Nordrhein-Westfalen als ein forstwirtschaftliches Durcheinander. Dadurch wird eine rationelle Bewirtschaftung stark beeinträchtigt.

So ist auch mit dem neuen Gesetz in erster Linie die Sicherung, Pflege und Vermehrung des Waldbestandes verbunden, damit er im Sinne einer echten Wohlfahrtswirkung der gesamten Bevölkerung "dienstbar" gemacht werden kann. Um dieses Ziel zu erreichen, strebt das Land eine Verbesserung der wirtschaftlichen Substanz des Waldbesitzes an.

Unter solchem Aspekt können nach dem Gesetz größere forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse erfolgen. Dabei wird der Grundsatz der Freiwilligkeit gewahrt. Ein Verbot zur Rodung von Waldflächen sowie die Verpflichtung zur Wiederaufforstung von Kahlschlägen und zur Ödlandaufforstung ergänzen sinnvoll die im Gesetz verankerten Förderungsabsichten der Wirtschaftlichkeit.

Die Verankerung des "Waldbetretungsrechts" in dem Gesetz ist einmalig in der Bundesrepublik. Nur in Einzelfällen aus dringenden wirtschaftlichen Gründen werden noch Ausnahmen gemacht. Ansonsten ist der Wald in Nordrhein-Westfalen in Zukunft für alle Bürger offen. Für die Nachteile, die den Waldbesitzern durch die Freigabe des Waldes entstehen, werden sie insofern entschädigt, daß die Forstverwaltung die Aufgabe übernimmt, den Wald von Unrat und Müll zu reinigen. Zur Sauberhaltung des Waldes und zur Schadensbeseitigung durch die Forstbehörden gibt das Land ebenso Zuschüsse wie zur Waldbrandversicherung.

Das Land Nordrhein-Westfalen schnitt sich zugleich selbst einen "alten Zopf" ab, indem es laut Gesetz die forstamtliche Verwaltung konzentriert und vereinfacht. Vom 1. 1. 1970 ab gibt es nur noch zwei statt bisher acht forstliche Mittelinstanzen. Vorgesehen ist ferner eine Verringerung der Forstämter um ein Drittel.

### Spanien zwischen EWG und EFTA

#### Hoffnungen auf Beitrittsgenehmigung noch nicht begraben

MD1 -Im Madrider Palacio de Santa Cruz, dem spanischen Außenamt, werden Hoffnungen an einen baldigen EWG-Anschluß nicht aufgegeben. So ist es kein Geheimnis, daß sich die spanische Diplomatie seit Monaten um einen Madrid-Besuch von Außenminister Willy Brandt bemüht. Man ist sich in Madrid darüber klar, daß Brandt mit festumrissenen Vorstellungen anreisen und im Hinblick auf Spaniens EWG-Anschlußwünsche sich auch zu den p o l i t i s c h e n Aspekten eines solchen Beitritts äußern würde. Anders als der Bonner Bundeskanzler Kiesinger, im Oktober 1968 würde Brandt einer Aussprache mit Vertretern der spanischen Opposition n i c h t ausweichen wollen, so hört man in Madrid. Einer solchen Begegnung könne die Madrider Regierung keine Schwierigkeiten in den Weg legen, ohne Gefahr zu laufen, politisches Prestige aufs Spiel zu setzen.

Aber auch Portugal und die EFTA locken. Portugals Regierungschef Marcello Caetano rührte an einem Tabu, als er Spanien aufforderte, in die Kleine Europäische Freihandelszone EFTA einzutreten und den seit November 1962 anhängigen Aufnahmeantrag in die Brüsseler Sechsergemeinschaft zurückzuziehen.

"Für uns wäre es ein Grund zu lebhafter Befriedigung, Spanien in die EFTA eingegliedert zu sehen, bis es möglich sein wird, die wirtschaftliche Spaltung Westeuropas zu überwinden," erklärte Caetano in einem Interview mit der in Barcelona erscheinenden Zeitung "La Vanguardia Espanola".

Noch immer ist der spanisch-portugiesische Handel von einem portugiesischen Defizit überschattet. Andererseits zeichnet sich trotz einiger Fortschritte in den zähflüssigen Brüsseler Verhandlungen zwischen Spanien und der EWG nach bald siebenjähriger Wartezeit noch immer kein endgültiger Vertrag ab, zumal einige EWG-Länder gegenüber Spanien wirtschaftliche u n d politische Vorbehalte äußern. Die portugiesische Initiative wurde deshalb in politischen Kreisen Madrids beifällig aufgenommen, da anders als bei der EWG die EFTA keinerlei politische Auflagen macht, was für Spanien die verschmähte repräsentative Demokratie als Regierungsform voraussetzen würde. Bei einem EFTA-Anschluß könnte Spanien sein autoritäres Regierungssystem retten, was bei der EWG aufgrund der Römischen Verträge unmöglich wäre, heißt es in spanischen Regierungskreisen, die eine demokratische Öffnung nach westeuropäischem Muster ablehnen und das Mehrparteiensystem als verfassungswidrig erachten.